

Völkermord an den Armeniern 1915 in der Türkei

Von Simone Lenz



Der Vortrag über den Völkermord an den Armeniern, am 15. April, wurde von Ilias Kevork Uyar gehalten, der selber armenischer Abstammung ist, aktiv in der armenischen Gemeinde und derzeit Rechtsanwalt in Köln.

Die Veranstaltung wurde von Regine Wittram moderiert.

Der Referent stellt heraus, dass das 20. Jahrhundert als Jahrhundert der Völkermorde gesehen werden kann. Der armenische Genozid ist als zweiter Völkermord in der Geschichte des 20. Jahrhunderts anzusiedeln. Im 20. Jahrhundert gab es wichtige Weichenstellungen im Völkerrecht mit Begrifflichkeiten wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit bzw Menschlichkeit und Völkermord.

Geschichte:

Schon im 19. Jahrhundert gab es mehrfach Phasen von Diskriminierung, Entrechtung, Verfolgung und Massakern an den Armeniern.

Armenier waren Anfang des 20. Jahrhunderts im heutigen Anatolien häufig als Handwerker und Bauern tätig. In großen Städten hingegen gab es viele armenische Kaufleute. Das damalige osmanische Reich war ein multireligiöser und multiethnischer Staat. Die Bevölkerung war nach Religionsgemeinschaften (Millets) geordnet, die ihre eigenen Angelegenheiten selbst ordneten, der Islam jedoch war Staatsreligion.

Im Laufe der Jahre entwickelte sich eine oppositionelle Gruppe, sie so genannten *Jungtürken*, die den Sultan zwangen im Jahre 1908 eine konstitutionelle Monarchie einzuführen. 1913 übernahmen die *Jungtürken* die Macht und gründeten eine Ein-Parteien-Diktatur.

Auch die Armenier haben die *Jungtürken* zunächst unterstützt, da man von einer liberalen Organisation ausging, die sich für die gleichen Rechte der gesamten Bevölkerung einsetzt. Jedoch entwickelte sie sich zu einer nationalistisch-rassistischen Organisation, die sich dem *Panturkismus* hingab und somit die politische und kulturelle Einheit der *Turkgruppen* anstrebte.

Deutsche Zusammenhänge:

Anfang des 20. Jahrhunderts waren deutsche Diplomaten in der Türkei weit verbreitet. Sie hatten großen Einfluss auf das osmanische Reich, da sie Kriegverbündete waren und viele Rüstungsprojekte

in deutscher Hand waren. Zu Beginn des ersten Weltkriegs 1914 waren 42 Offiziere in der Türkei, später waren es schon 200. Das deutsche Reich hatte Konsulate im osmanischen Reich. In Deutschland selber herrschte bezüglich der Vorkommnisse im osmanischen Reich eine Pressezensur, so dass die deutsche Bevölkerung nichts über den Genozid erfuhr. Aufgrund dessen sind die heute einsichtigen Berichte von deutschen Offizieren, die damals im osmanischen Reich tätig waren als wichtige Quelle für die Aufarbeitung des Völkermordes zu werten.

Bis zum heutigen Tage hat sowohl Armenien als auch die Türkei die Akten aus Deutschland erhalten, die hier im auswärtigen Amt einsehbar sind.

Die „Aussiedlung“ der Armenier:

Als Beginn des Völkermordes kann man den 24. April 1915 sehen. In dieser Nacht wurden in Konstantinopel zunächst 235 Intellektuelle festgenommen und ins Landesinnere gebracht. Es gab nur zwei Überlebende, die bleibende Schäden mit sich trugen, so dass zum Beispiel einer von beiden nicht mehr sprach.

Die so genannte „Aussiedlung“ der Armenier vollzog sich zunächst unter der männlichen Bevölkerung. Die armenischen Männer wurden in Arbeitslager gebracht, die sich in Nordsyrien in *Der es sor* befanden.

Dort wurden sie „unschädlich“ gemacht. Als Grund wurde angegeben, die Armenier hätten bei den Kämpfen mit der zaristischen Armee im



Kaukasus kollaboriert und so eine schwere Niederlage der osmanischen Armee verursacht. Eine Argumentation, die noch heute von der türkischen Regierung benutzt wird.

Nachdem die armenische Bevölkerung wehr- und führerlos gemacht worden war, begann man Kranke, Greise, Kinder und Frauen zu deportieren, die wiederum als Aussiedlungen getarnt wurden.

Der Referent weist in seinem Vortrag darauf hin, dass eine planmäßige Vernichtung des armenischen Volkes stattgefunden hat. Er stellte heraus, dass es auch kein Geheimnis war, was die Regierung mit den Aussiedlungen meinte, denn es finden sich zwei Dokumente im auswärtigen Amt, die dies erwähnen. So schreibt die Filiale der deutschen Bank in Konstantinopel zum Beispiel, dass das Verschwinden der armenischen Bevölkerung für die Bank zu Verlusten führt, weil viele ihrer Kunden armenischer Herkunft waren. Sie schreibt jedoch weiter, dass sie gegenüber dieser Tatsache neutral bleiben möchte und sich in die Geschehnisse nicht einmischen wird.

Das Schema der „Umsiedlungen“ war immer ähnlich. Die Männer wurden aus der Stadt getrieben woraufhin deren Frauen erzählt wurde, ihre Männer seien gut am Zielort angekommen. Daraufhin

führte man auch die Frauen aus der Stadt, wo diese entweder massakriert oder deportiert wurden. Armenier aus kleineren Dörfern wurden meist zusammengefasst. Menschen an der Küste wurden oft aufs Meer hinausgeschickt und dort über Bord geworfen. Außerdem gab es zwei Konzentrationslager, in denen die Überlebenden der strapaziösen Reise ihren Tod fanden.

Es ist besonders zu vermerken, dass nicht alle Deportationszüge den kürzesten Weg ins Konzentrationslager genommen haben. Dazu nennt der Referent folgendes Zitat: „*Das Nichts ist das Ziel*“. So stellt er heraus, dass manche Züge quer durch das Land geschickt wurden mit dem Ziel die Deportierten von Kriminellen auf dem Weg umbringen oder an Hunger sterben zu lassen.

2010 bei seinem eigenen Besuch in der Region der ehemaligen Konzentrationslager legte der Referent selber den Weg zur nächsten Stadt zurück. Diese liegt circa 500 km entfernt und der Weg dorthin ist durch eine Wüste gekennzeichnet. Die Landschaft ist karg und besteht lediglich aus Lehm und Stein, es gibt keine Vegetation. „*Wenn es in dieser Region heute regnet, dann bröckeln an den Lehmfelsen gewisse Teile ab*“, so erzählt Ilias Kevork Uyar „*wenn man darin bohrt kann man menschliche Knochen finden. Bis heute werden diese Knochen von Anwohnern aufgesammelt und zu Totensonntag begraben.*“

Die Entwicklungen nach dem ersten Weltkrieg:



Nach Beendigung des ersten Weltkriegs und einer damit einhergehenden neuen Regierung verschieb man sich zunächst der Ahndung der Staats- und Kriegsverbrechen. Lokale und regionale Beamte, aber auch Minister, wurden angeklagt und teilweise sogar zum Tode verurteilt. Meist setzten sie sich, vor Vollstreckung des Urteils, jedoch ins Ausland ab.

Das Interesse an der Ahndung der Verbrechen schwand jedoch und der Genozid ging weiter. Denn

viele frühere Herrscher fanden sich wieder zusammen und bekamen politische Positionen in der Türkei. Ideologisch hatte diese neue Regierung viele Übereinstimmungen mit den *Jungtürken* und strebte nach der nationalen Homogenität. Jedoch lag der Fokus hierbei diese Mal vor allen Dingen auf muslimischen nicht türkischen Völkern, da die Christen zu großen Teilen bereits vertrieben waren.

Mit den Anfängen der türkischen Republik wurden auch die letzten Erinnerungen an die Armenier gelöscht. Kirchen wurden zu Moscheen umgebaut oder zerstört und andere wichtige Monumente der Armenier dem Verfall preisgegeben.

So gründete sich 1975 die ASALA, ein Zusammenschluss aus jungen armenischen Menschen aus dem arabischen Raum, die nach Mitteln suchte das Schweigen über den Völkermord zu brechen. Sie erachteten bei diesem Vorhaben Gewalt als ein legitimes Mittel und verübten zahlreiche Attentate unter anderem im arabischen Bereich, Frankreich, Portugal, Österreich, Kanada und die USA. Durch diese Attentate gewann der Völkermord an den Armeniern zunehmend an medialem Interesse, so schildert der Referent.

Die „Zweiteilung“ der armenischen Bevölkerung:

Für die türkische Regierung war das armenische Volk immer in zwei Gruppen aufgeteilt. Zum einen die Armenier, die noch im Land lebten. Diese galten als „*brave, nette Bürger, da sie sich nicht zu Wort meldeten.*“, so der Referent. Außerdem gab es noch die Diaspora-Armenier, die vor allen Dingen in den USA, in Frankreich und im arabischen Raum lebten.

Die Armenier in der Diaspora wurden als radikale Türkenfeinde dargestellt, die einen guten Draht zu den ausländischen Regierungen haben. Ihnen wurde zugeschrieben sie verlangen eine nationale Entschuldigung der Türkei, die die nationale Einheit des Landes gefährde. Die türkische Regierung deklariert den Völkermord an den Armeniern als Erfindung des armenischen Volkes. Sie bezeichnet die Geschehnisse als tragische Ereignisse, aber stellt heraus, dass es keine gezielte Auslöschung des armenischen Volkes gegeben habe. Außerdem widerspricht die türkische Regierung den Zahlen der ermordeten Armeniern.

So kann man bis heute verzeichnen, dass damalige Minister oder Ähnliches, die eine Mittäterschaft für den Genozid aufweisen, heute als Volksmartyrer gelten und Schulen nach ihnen benannt und Denkmal gebaut werden. Außerdem findet man bis heute in den Geschichtsbüchern, dass das armenische Volk Sabotage betrieben, für den türkischen Feind spionierte und Türken ermordet haben soll. Bis heute müssen diese Bücher, auch von armenischen Privatschulen in der Türkei, benutzt werden.

In Istanbul ist die Elite erschüttert worden, als Ende der 1990 Jahre zum erstem Mal auch Armenier, die in Istanbul lebten, den Völkermord thematisierten, ging die öffentliche Diskussion doch bisher lediglich von der armenischen Diaspora aus.

Der Völkermord als Thema in Deutschland und der Türkei:

Die Haltung der türkischen Regierung beinhaltet die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern und versucht eine Erstickung der Diskussion. Und auch in Deutschland, schildert uns der Referent, ist der Völkermord von 1915 ein umstrittenes Thema. Einige Politiker stellen sich auf die türkische Seite. So sollte das Haus des deutschen Pfarrers Lepsius, der sich im ersten Weltkrieg für die Armenier eingesetzt hatte, in Deutschland zu einem Ort der Erinnerung umgebaut werden. Als die türkischen Organisationen in Deutschland dies hörten führten sie Gespräche mit den entsprechenden Politikern, was dazu führte, dass die Gelder für den Umbau des Hauses nicht bewilligt wurden mit der Begründung man wolle „kein Missbrauch des Hauses“.

2005 in der Diskussion über den EU Beitritt der Türkei wurde in Deutschland das Schweigen über den Völkermord gebrochen. Man erkennt seit dem die Tötung und das Leiden der Armenier an, gibt diesem Töten jedoch nicht den Namen Völkermord.

2010 wurde im deutschen Fernsehen ein Dokumentarfilm „aghet“ über den Völkermord an den Armeniern gezeigt. Dieser führte zu heftigen Debatten und Diskussionen in manchen türkischen Gemeinden in Deutschland. So führte dies zu einer Protestaktion. Die türkische Gemeinde Deutschlands, die in allen Fragen rund um die Türkei immer als Ansprechpartner gedient hat, schrieb an den Sender des Filmes und beschwerte sich. Sie zeigten ihre Entrüstung darüber, dass die Ereignisse als Völkermord dargestellt wurden. Sie schlugen, entsprechend der Haltung der türkischen Regierung, außerdem vor, dass ein internationales Gericht den Genozid erst anerkennen sollte. Dazu sollte eine Kommission, bestehend aus armenischen und türkischen Historikern, gegründet werden, die anhand aller bestehenden Archive einen gemeinsamen Bericht schreibt um eine Wahrheitsfindung zu erreichen.



Der Referent unseres Vortrags stellt jedoch heraus, dass dieser Ansatz negiert was in der Wissenschaft in den 1930er Jahren bereits passiert ist. Denn schon damals wurde international die Tötung der Armenier als ein Völkermord gewertet. 1987 erkannte auch das europäische Parlament den Genozid an und erklärte dies für die türkische Regierung als Basis für deren EU-Beitritt. Außerdem gab es schon 2001 eine Gruppe von Diplomaten in der armenisch-türkischen

Beziehung, die Wege suchten um Verständigung untereinander zu erreichen. Das Ergebnis war ein Gutachten, dass ebenfalls die Tötung der Armenier als einen Völkermord nach UN-Konventionen definierte.

Bis heute ist es so, dass die offiziell Position der türkischen Regierung die Leugnung des Genozids umfasst.

Man muss aber auch die wenigen positiven Beispiel in der Türkei nennen. So gab es, nach der Ermordung von Hrant Dink, einem armenischen Journalisten, 2007 Protestmärsche für die Armenier und die Anerkennung des Völkermordes, als auch Kundgebungen zum Gedenken an die Opfer.

Diskussion:

Im Anschluss an den Vortrag wurde eine Diskussion geführt. Dabei ging es zunächst um die Beziehungen zwischen den Armeniern und den Türken heute. Der Referent erklärte, dass es im Jahr 2009 einen Annäherungsversuchen zwischen den Regierungen, durch Vermittlungen der Schweiz, Frankreichs, Russlands und USA, gab. Es wurde ein Protokoll unterzeichnet, dass die bedingungsfreie (!) Annäherung vorsah. Die Ratifizierung im türkischen Parlament führte jedoch zur nicht-Umsetzung des Protokolls. Sie forderten die von Armeniern „besetzten“ Gebiete in Begh-Karabach an Aserbaidschan zurück zu geben, was die Armenier als Affront verstanden. Daraufhin erklärte im Jahr 2010 die armenische Regierung das Einfrieren der Protokolle.

Des weiteren wurde in der Diskussion über die Politiker und türkischen Gemeinden hier in Deutschland geredet. Ein Beitrag machte drauf aufmerksam, dass es beispielsweise in der deutschen Partei „die Linke“, einen türkischen Bundestagsabgeordneten gibt, der sich gegen die Anerkennung des Völkermordes ausspricht. Viele Abgeordnete antworten auf die Frage der Stellungnahme zum Genozid an den Armeniern gar nicht. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder äußerte sich wie folgt: „ Wenn man den Völkermord an den Armeniern anerkennt, würde man den Holocaust relativieren.“

Dabei stellt der Referent heraus, dass die Verurteilung physisch keine Nachwirkungen mehr hat, weil die Täter schon tot sind, wo ist dann das Problem es als Völkermord zu bezeichnen?

Auf die Frage wieso die türkische Regierung mit einer Leugnung reagiert antwortete der Referent, dass es zum einen mit Fehlinformationen und dem Gründungsmythos der Republik zusammenhängt. Denn man sagt, dass die Entstehung der Republik auf den „Knochen der Armeniern beruht“.

Aufgrund dessen unterstellt man ihnen nun sie wollen Gebietsansprüche geltend machen. Jedoch, stellt Ilias Kevork Uyar heraus, forderten die Armenier nie Reparationszahlungen, sondern eine moralische Entschuldigung.

Eine Frage aus dem Publikum beschäftigte sich mit der Mittäterschaft der Bevölkerung. Dazu sagt der Referent, dass es Anfang des 20. Jahrhunderts keine strikte Trennung von Ethnien gegeben hat. So kam es dazu, dass Armenier neben Türken oder Christen neben Muslimen lebten. Die lokale

Bevölkerung wusste also was passiert. Nach der Deportation der Armenier wurden die Eigentümer der Verschleppten versteigert. Viele ehemalige Nachbarn haben sich Dinge einverleibt, wobei das Geld an den Staat ging.

Der Referent weist jedoch auch daraufhin, dass es auch Fälle gab, in denen sich Nachbarn geholfen und zum Beispiel den Kindern der Armenier Schutz gewährten.

Abschließend diskutierten die Anwesenden über die Zukunft des türkische Staates. Ilias Kevork Uyar sagte dazu, dass die Türkei heute zwar moderner und offener geworden ist, jedoch immer noch den Genozid an den Armeniern leugnet. Allerdings gibt es zum Beispiel einen neuen Verfassungsentwurf, der die Auseinandersetzung mit dem Status von Minderheiten und dem Verständnis von Staatsbürgerschaft vorsieht.

Der Referent geht davon aus, dass sich die offizielle Meinung der türkischen Regierung jedoch nicht ändern wird. Aber er hofft, dass das Thema zunehmend in der Bevölkerung behandelt wird und Diskussionen mehr Raum gegeben wird.

Fotos: Steffen Gorski